

Die andere Europäische Einigung: Entwicklungslinien der transnationalen Kooperation rechtsextremer Parteien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Einleitung

Im Mai 1951 trafen sich im schwedischen Malmö etwa 100 Vertreter rechtsextremer Parteien und Organisationen aus sieben europäischen Ländern zu einem internationalen Kongress.¹ Bereits im Jahr zuvor waren diesem zwei vorbereitende Treffen in Rom vorausgegangen, bei denen sich rechtsextreme Organisationen aus Schweden, Norwegen, Dänemark, Belgien, Deutschland, Frankreich, Österreich, den Niederlanden sowie Italien auf eine transnationale Zusammenarbeit verständigt hatten. Nachdem die Struktur der Kooperation bereits in Rom geklärt worden war, sollte der Kongress in Malmö dazu dienen, ein Arbeitsprogramm für die zukünftige Tätigkeit festzulegen und vor allem, die europäische Zusammenarbeit rechtsextremer Parteien nun öffentlich zu machen. Der Zeitpunkt dafür war bewusst gewählt worden: Knapp vier Wochen vor dem Malmöer-Kongress war der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) unterzeichnet worden, was einerseits erhöhte mediale Aufmerksamkeit versprach. Andererseits verband sich mit dem Termin aber auch der Anspruch, ein eigenes Konzept europäischer Einigung vorzustellen und verwirklichen zu wollen. „Straßburg oder Malmö?“ fasste ein Konferenzteilnehmer den rechtsextremen Blick auf die Ausgangssituation des europäischen Einigungsprozesses 1951 zusammen, mit dem sich Hoffnungen auf eine Realisierung eigener Europakonzepte verbanden.² In der internationalen und deutschen Presse war die Aufregung nach dem Kongress groß.³ „Straßburg oder Malmö?“ bildete denn auch die Überschrift eines Kommentars, den die deutsche Zeitung „Christ und Welt“ dem Kongress widmete und in dem sie mahnte, man

- 1 Für eine frühere, belegreichere Fassung zum Thema siehe Janosch Steuwer: Rechtsextremismus und Europa: Verkehrte Welten? Die Entwicklung des Europäischen Rechtsextremismus seit 1945, in: Jürgen Mittag (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006, S. 361–387. Die Angaben über die Teilnehmerzahl des Malmöer Kongresses schwanken stark. Die Zahl von 100 Teilnehmern wird von den den Kongress beobachtenden schwedischen Sicherheitsbehörden genannt. Siehe den Bericht des Schwedischen Geheimdienstes: Övervakningen av nazister och högerextremister. Säkerhetstjänst, nazism och högerextremism 1946–1980, (SOU 2002:934), S. 55, <www.regeringen.se/content/1/c4/04/45/bo793ada.pdf> (16.8.2010).
- 2 Karl-Heinz Priester: Hoffnung in Malmö, in: Nation Europa 6 (1951), S. 58f. Ein Flugblatt präsentierte die „Malmö-Bewegung“ als „Oppositionsbewegung der nationalen Kräfte Europas gegenüber den Strassburger Resteuropa-Plänen“ (BArch ZSg 1, 224/1: Was will und wer ist die Deutsche soziale Bewegung).
- 3 Siehe zur Presseresonanz Bundesarchiv Koblenz (= BArch) ZSg 120–553 (Pressesammlung), 2.46/1a: Internationaler Faschisten-Kongress, Malmoe, Pfingsten 1951.

sollte sich klar machen, dass „an einem von zwei Orten [...] die Aufgabe des Zusammenschlusses der nicht kommunistischen Kräfte Europas gelöst werden“ müsse, und „daß das in Malmö geschehen könnte, wenn es nicht rechtzeitig in Straßburg geschieht“.⁴

Diese Befürchtung erfüllte sich bekanntlich nicht. Während Straßburg heute eines der Symbole der geglückten europäischen Integration ist, sagt uns der Name Malmö wenig – jedenfalls erinnert er kaum an rechtsextreme Aktivitäten. Doch das war bis in die 1960er Jahre anders: In den frühen politikwissenschaftlichen Studien zum Nachkriegsfaschismus konnte man noch lesen, Malmö sei – auch wegen der Konferenz von 1951 – „throughout the Western world“ als Zentrum des Rechtsextremismus bekannt und die europäische Zusammenarbeit bildete oftmals einen Schwerpunkt dieser Untersuchungen.⁵

Diesen kursorischen Blick auf die Wahrnehmung der Zusammenarbeit rechtsextremer Parteien in den 1950er und 1960er Jahren an den Anfang zu stellen, scheint mir sinnvoll, will man sich der Geschichte der europäischen Parteienkooperation der extremen Rechten zuwenden. Denn er zeigt, dass diese zeitgenössisch – anders als man heute vermuten würde – öffentlich wahrgenommen und diskutiert wurde. Damit billigten die Zeitgenossen dieser mehr Aufmerksamkeit zu als die heutige Geschichts- und Politikwissenschaft – ein Fehler, wie ich meine, denn die Zusammenarbeit rechtsextremer Parteien kann, gerade weil sie sich am Rand des politischen Spektrums vollzog, auch neue Blicke auf das Zentrum eröffnen. Neben den Erkenntnissen für die Parteiengeschichte ermöglicht das Thema, etwa Fragen nach der gesellschaftlichen Reichweite der europäischen Integration zu stellen.

Die folgenden Ausführungen können dieses Themenfeld selbstverständlich in keiner Weise erschöpfend behandeln. Sie bemühen sich vielmehr um einen ersten Überblick über die Geschichte der Beziehung zwischen „Europa“ und „Rechtsextremismus“ und insbesondere der Versuche der transnationalen Zusammenarbeit rechtsextremer (Partei)organisationen zwischen 1945 und 2000. Mit der Identifizierung von drei Entwicklungsphasen verstehen sich diese Überlegungen entsprechend als eine Skizze, die ein Gerüst für weitere Forschungen bieten soll.

Europa als Orientierungspunkt rechtsextremer Organisationen in den 1950er Jahren

Die Frage nach der Kooperation rechtsextremer Parteien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist zunächst einmal die Frage nach dem Faschismus nach dem Ende seiner Epoche: Die politischen Säuberungsprozesse nach Kriegsende führten in ganz Europa zur massiven Delegitimierung politisch extrem rechter Vorstellungen und begründeten einen neuen, sich antifaschistisch verstehenden Konsens in den europäischen Nachkriegsgesellschaften. Die

4 Malmö oder Straßburg?, in: Christ und Welt vom 24. Mai 1951.

5 Zit. nach Dennis Eisenberg: *The Re-Emergence of Fascism*, Worcester/London 1967, S. 221. Siehe auch: Werner Smoydzin: *Hitler lebt! Vom internationalen Faschismus zur Internationale des Hakenkreuzes*, Pfaffenhoffen 1966; Kurt P. Tauber: *German Nationalists and European Union*, in: *Political Science Quarterly* 4 (1959), 564–589; ders.: *Beyond Eagle and Swastika: German Nationalism Since 1945*, 2 Bd., Middletown 1967.

Erfahrungen von nationalsozialistischer Herrschaft und Weltkrieg entwickelten sich dabei zur Deutungsfolie, durch die rechtsextreme Aktivitäten wahrgenommen wurden. Selbstverständlich war auch die europäische Zusammenarbeit durch – von der Forschung generell betonte – Kontinuitäten zum Nationalsozialismus geprägt, wie schon ein flüchtiger Blick auf die Teilnehmer der Malmöer Konferenz zeigt: Per Engdahl, der Leiter der schwedischen *Nysvenska Rörelsen*, die den Kongress in Malmö organisiert hatte, war seit 1937 Führer unterschiedlicher rechtsextremer Parteien gewesen und hatte sich im Zweiten Weltkrieg für einen Kriegseintritt Schwedens zugunsten Deutschlands engagiert. Oswald Mosley, eine der prominentesten Figuren im europäischen Rechtsextremismus nach 1945, hatte bereits 1932 die *British Union of Fascists* gegründet und später ebenso intensive Beziehungen zur Führungsriege des Nationalsozialismus unterhalten wie Ernesto Massi, der Leiter des *Movimento Sociale Italiano*, der im faschistischen Italien als Diplomat gearbeitet hatte. Karl-Heinz Priester, der Leiter der deutschen Delegation in Malmö, war während der 1930er Jahre HJ-Führer und später Verbindungsoffizier der Luftwaffe zur Waffen-SS gewesen und Paul van Tienen, der die Niederlande auf dem Kongress vertrat, hatte seit 1940 als Freiwilliger in der Waffen-SS gekämpft.⁶

Doch die europäische Zusammenarbeit rechtsextremer Organisationen nach 1945 auf Grund dieser personellen Kontinuitäten allein als Fortsetzung vorangegangener rechtsextremer Aktivitäten zu begreifen, verkennt, dass sie von ihren Protagonisten gerade als Versuch gemeint war, rechtsextreme Politikkonzepte den neuen Gegebenheiten der Nachkriegszeit anzupassen und auf die öffentliche Diskreditierung rechtsextremer Politik zu reagieren. Über den Bezug auf „Europa“ versuchten viele rechtsextreme Organisationen in der frühen Nachkriegszeit – insbesondere in Deutschland – den Spagat zu schaffen, weiterhin für die eigenen Politikinhalte einzutreten und gleichzeitig möglichst viel Distanz zum Nationalsozialismus zu suggerieren. Schon Zeitgenossen wiesen darauf hin, dass die von deutschen Rechtsextremen erhobene „Forderung nach einem geeinten Europa [...], in dem die Völker gleichberechtigt leben“,⁷ zu einem Zeitpunkt, zu dem die BRD keineswegs souverän war, nicht als Interesse an der europäischen Einigung missverstanden werden dürfe, sondern als „listige Methode, die nationalen Interessen zu vertreten“ zu verstehen sei.⁸

Doch jenseits dieser traditionellen Strömung, die in dem Bezug auf Europa eine Möglichkeit sah, weiterhin ihre nationalistischen Positionen zu vertreten, bemühte sich eine stärker progressive Strömung im Rechtsextremismus, über Diskussionen zur europäischen Einigung den klassischen, am Nationalstaat orientierten Nationalismus zugunsten einer proeuropäischen Haltung zu überwinden. Dahinter stand der Versuch, programmatische Vorstellungen des Rechtsextremismus an die neue weltpolitische Lage des Kalten Krieges anzupassen wie auch Schlussfolgerungen aus dem Weltkrieg und dem Scheitern des Natio-

6 Siehe Actual Service (Hg.): Die internationalen Feinde der Demokratie. Hinter den Kulissen des Rechtsradikalismus, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Ms 376; Smoydzin: Hitler lebt, S. 57–79.

7 Reinhard Opitz: Faschismus und Neofaschismus, Frankfurt am Main 1984, S. 255.

8 Hans-Helmuth Knütter: Ideologie des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Eine Studie über die Nachwirkung des Nationalsozialismus, Bonn 1961, S. 202.



Schaubild 1: Organisationsstruktur der Europäischen Sozialen Bewegung (ESB)

nalsozialismus zu ziehen. Im Zweiten Weltkrieg hätten die „Völker von gestern [...] der Nation von morgen das Feld geräumt“, schrieb der britische Rechtsextremist Oswald Mosley 1947 in seiner programmatischen Schrift „The Alternative“ und entfaltete dort das Konzept eines integrierten, europäischen Staates, der „Nation Europa“, die von einem mit „unbeschränkte[r] Handlungsvollmacht“ ausgestatteten „Führer“ regiert werden sollte.⁹ Mosley entwickelte damit nicht nur eine Alternative zu den demokratischen Konzeptionen einer europäischen Einigung, sondern auch zu den traditionellen, am Nationalstaat orientierten Konzepten der extremen Rechten. Er war damit nicht der einzige Theoretiker, der rechtsextreme Vorschläge für eine europäische Einigung entwickelte. Vielmehr war sein Konzept nur ein, wenn auch wichtiger Beitrag innerhalb intensiver rechtsextremer Diskussionen, die sich um Fragen der politischen Ordnung eines zukünftigen europäischen Staates, dessen Stellung in der Welt, dessen innere Wirtschaftsordnung und rassische Zusammensetzung drehten. Zentren dieser Diskussionen bildeten Zeitschriften und die Veranstaltungen von Kulturvereinen, die Rechtsextremisten aus ganz Europa Räume für programmatische Diskussionen eröffneten.

Aus dem Kontext dieser Diskussionen stammten auch diejenigen rechtsextremen Praktiker, die sich für eine konkrete europäische Zusammenarbeit rechtsextremer Gruppen engagierten und schließlich auf der eingangs erwähnten Malmöer-Konferenz die *Europäische Soziale Bewegung* (ESB) gründeten. Diese bildete mit einem Viermännerrat genannten Füh-

9 Oswald Mosley: *The Alternative*, London 1947.

rungsgremium die europäische Dachorganisation von acht nationalen Sektionen (Schaubild 1). In einigen Ländern setzen sich diese Sektionen aus bereits bestehenden Parteien zusammen, während in anderen Staaten neue Organisationen im Frühjahr 1951 gegründet wurden. Über ihre nationalen Sektionen bemühte sich die ESB durch politische Basisarbeit mit Vorträgen und Versammlungen vor Ort, für die eigenen politischen Ziele zu werben. Dahinter standen Bemühungen, möglichst massenhaft Anhänger zur Stärkung der eigenen Einflussmöglichkeiten zu gewinnen, um so den Integrationsprozess im eigenen Sinne gestalten zu können. Auf dem Malmöer Kongress 1951 war in der Erwartung der im EGKS-Vertrag in Aussicht gestellten Direktwahlen zur Gemeinsamen Versammlung hierfür sogar eine Wahlliste verabschiedet worden.

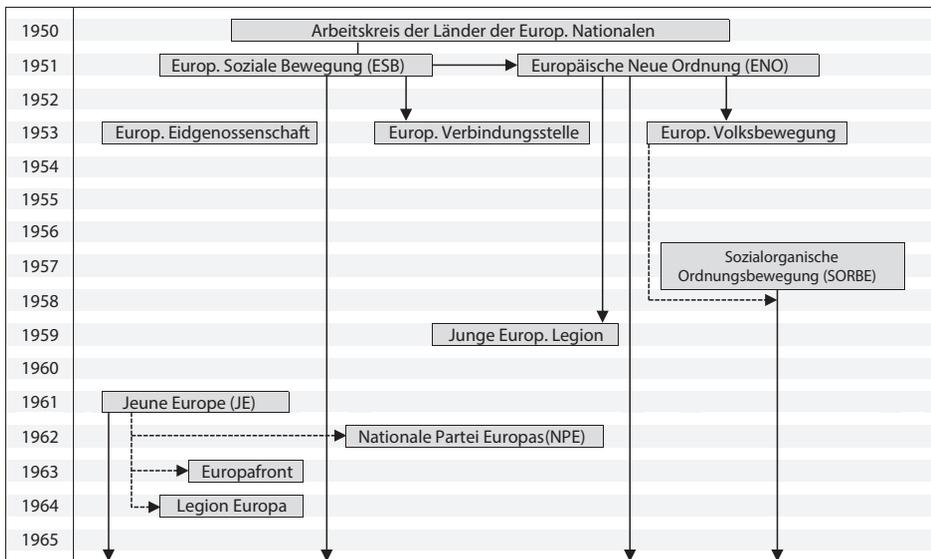


Schaubild 2: Europäische Organisationen der extremen Rechten (1950 bis 1965)

Die ESB war der erste europäische Zusammenschluss rechtsextremer Organisationen, dem – durch Abspaltungen und Neugründungen aufgrund programmatischer Differenzen – bis Mitte der sechziger Jahre weitere folgten (Schaubild 2). Schon frühzeitig bemühten sich verschiedene Akteure, die europäischen Organisationen wieder zusammenzuführen, was jedoch nicht gelang. Den letzten großen Versuch unternahm 1962 Oswald Mosley mit der Gründung der *Nationalen Partei Europas* (NPE). Vertreter rechtsextremer Parteien aus vier Ländern beschlossen auf einer Konferenz nicht nur eine gemeinsame Erklärung, sondern einigten sich auch grundsätzlich auf eine gemeinsame Politikgestaltung, die durch regelmäßige Besprechungen alle acht Wochen gewährleistet, durch die „baldige Errichtung einer Verbindungsstelle der nationalen Parteien Europas“ koordiniert und durch eine Vereinheit-

lichung der Parteinamen und -symbole öffentlich sichtbar gemacht werden sollte.¹⁰ Doch das Projekt kam über eine, durch Gegendemonstranten gesprengte Kundgebung im Juli 1962 auf dem Londoner Trafalgar Square nicht hinaus,¹¹ da die an der Gründung beteiligten Parteifunktionäre durch ihre Parteien nicht legitimiert gewesen waren.

Der Verlust der Europa-Orientierung in den 1960er und 1970er Jahren

Die europäische Zusammenarbeit der extremen Rechten trat damit Mitte der 1960er Jahre in eine neue Phase, die durch zwei auseinanderstrebende Entwicklungen gekennzeichnet war: Auf der einen Seite zeigten die Wahlerfolge der deutschen NPD und die Tolerierung der christdemokratischen Regierung durch die italienischen Neofaschisten, dass man mit einer klassisch nationalistischen Programmatik öffentliche Zustimmung und politischen Einfluss gewinnen konnte. Dass damit gleichzeitig – in Deutschland und später in Frankreich – die Sammlung unterschiedlicher rechtsextremer Gruppen gelang, die sich einige der Aktivisten von den europäischen Organisationen erhofft hatten, trug weiter dazu bei, dass die rechtsextremen Parteien seit Mitte der 1960er Jahre das Interesse an einer europäischen Zusammenarbeit und einer auf die europäische Einigung ausgerichteten Programmatik verloren. Die Kooperation rechtsextremer Parteien fand damit ein vorläufiges Ende und kam in den 1960er und 1970er Jahren über gegenseitige Besuche und vereinzelte gemeinsame Veranstaltungen rechtsextremer Parteien unterschiedlicher Länder nicht mehr hinaus.¹²

Auf der anderen Seite wirkten die programmatischen Diskussionen der europäischen Organisationen der 1950er Jahre fort und hatten entscheidenden Anteil an der Entstehung der sich um die Modernisierung rechtsextremer Programmatik bemühenden Neuen Rechten, die sich als Reaktion auf die linken Studenten- und Bürgerrechtsbewegungen in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre etablierte. Von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der Neuen Rechten in ganz Europa war der 1968 gegründete französische „Groupement de Recherche et d'Études pour la Civilisation Européenne“ (GRECE), der in vielerlei Hinsicht als Vorbild und Ideengeber nicht nur die Entwicklung in Frankreich, sondern auch in anderen Ländern beeinflusste. GRECE gründete jedoch selbst in starkem Maße auf der seit Anfang der 1960er Jahre bestehenden Zeitschrift „Europe-Action“, die Kontakte zu wichtigen Protagonisten der europäischen Organisationen unterhielt, und deren 1965 etablierter Think Tank „Groupes de Recherches et d'Études pour la Communauté Européenne“. Die

10 BArch, B 443/533, Bd. 2, Bl. 555: Informationen des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Stand: Mai 1962.

11 Siehe hierzu den Nachrichtenbericht, <www.britishtpathe.com/record.php?id=42420> (16.8.2010).

12 Der deutschen NPD etwa waren bei ihrer Gründung auch zahlreiche Aktivisten der europäischen Organisationen der 1950er Jahre beigetreten (BArch B 443/545, Bd. 1, Bl. 22; B 443/569, Bd. 1, Bl. 182), ohne dass jedoch die NPD deren transnationalen Beziehungen weiterführen konnte. Die schwachen transnationalen Kontakte der NPD verdeutlicht eine Episode aus dem Jahre 1969: Die NPD zeigte sich laut Verfassungsschutzbericht von dem „Erfolg“ der Rede eines NPD-Funktionärs in London so „überrascht“, dass „deshalb versucht werden [sollte], auch mit Parlamentariern anderer Länder zu einem Redneraustausch zu gelangen.“ (BArch B 443/569, Bd. 2, Bl. 538: Informationen des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Stand: Januar 1969).

Organisationsbezeichnungen sind in diesem Falle durchaus aussagekräftig: Zum einen dokumentieren sie die zentrale Bedeutung, die „Europa“ in den programmatischen Diskussionen der Neuen Rechten einnahm und in der einige Politikwissenschaftler den wichtigsten Unterschied zwischen Alter und Neuer Rechten sehen.¹³ Zum anderen verweist die Differenz zwischen den Namen auf einen wichtigen Wandel, der sich mit der Neuen Rechten in den rechtsextremen Diskussionen über Europa vollzog: Denn während sich die europäischen Organisationen der 1950er und frühen 1960er Jahre bemühten, politischen Einfluss auf den europäischen Integrationsprozess auszuüben und etwa versuchten, mit „führenden europäischen Politikern, u. a. mit Prof Hallstein, ins Gespräch zu kommen“,¹⁴ rückte in der Neuen Rechten Europa vor allem als kulturelle und historische Einheit in den Mittelpunkt, was auch das an das hellenistische Erbe Europas erinnernde Kürzel GRECE anzeigte. Dies war nicht grundsätzlich neu, auch Oswald Mosley etwa hatte die Einigung Europas als biologische und historische Notwendigkeit begriffen.¹⁵ Doch in der pro-europäischen Haltung der Neuen Rechten wurden solche Argumentationen dominant, während für politische Konzeptionen einer europäischen Einigung kein Raum mehr blieb. Dies spiegelte auch das sich von der traditionellen Rechten unterscheidende elitäre Politikverständnis wider: Statt durch Anhängerschaft und politische Aktionen wollte die Neue Rechte Gesellschaften durch die Dominanz über öffentliche Debatten verändern. Auch die Neue Rechte griff deshalb die europäische Zusammenarbeit der 1950er Jahre nicht auf. Zwar bestanden intensive Kontakte über die Ländergrenzen hinweg, die oftmals auf deren Kommunikationsstrukturen gründeten und mit denen die programmatischen Diskussionen in starkem Maße transnational geführt wurden,¹⁶ doch formalisierte Kooperationen zu konkreten politischen Zwecken gab es nicht.

Die Europäisierung des Rechtsextremismus in den 1980er und 1990er Jahren

Diese entstanden erst wieder durch den Impuls des Europäischen Einigungsprozesses selbst: Im Vorfeld der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament hatten rechtsextreme Parteien eine *Eurodestra* genannte Wahlplattform gebildet, an der sich jedoch nur eine französische, italienische und spanische Partei beteiligten.¹⁷ Schon dies verweist auf das eher geringe Interesse, auf das die Europawahl 1979 bei zahlreichen rechtsextremen Parteien stieß.

13 So etwa Uwe Worm: Die Neue Rechte in der Bundesrepublik. Programmatik, Ideologie und Presse, Köln 1995, S. 52.

14 So das Bundesamt für Verfassungsschutz über Bestrebungen der ESB in seinem Bericht im Juli 1963, BArch B 443/536, Bd. 1, Bl. 67.

15 Mosley: The Alternative.

16 Neben der französischen Zeitschrift *Europe-Action* bildete etwa die deutsche Zeitschrift *Nation Europa* ein wichtiges Kommunikationsforum der Neuen Rechten in Europa. Die Zeitschrift war unter Bezug auf Mosleys Konzeption einer „Nation Europa“ 1951 gegründet worden und schon in den 1950er Jahren ein zentraler Ort, an dem rechtsextreme Konzeptionen einer europäischen Einigung diskutiert wurden.

17 Siehe hierzu ausführlich André Osterhoff: Die Euro-Rechte. Zur Bedeutung des Europäischen Parlaments bei der Vernetzung der extremen Rechten, Münster 1997.

Gleichzeitig erfüllten sich die Hoffnungen der *Eurodestra* nicht, aus den Spannungen zwischen Christdemokraten und Konservativen in der EUCD Kapital zu schlagen und den Brückenschlag zu rechtskonservativen Parteien zu schaffen. Bei der Wahl 1979 gelang es dann nur der italienischen Mitgliedspartei, mit vier Abgeordneten in das EP einzuziehen. Die Zusammenarbeit innerhalb der *Eurodestra* wurde nach der Wahl nicht fortgesetzt und bei den folgenden Europawahlen kam es auch zu keiner Neuauflage. Dafür gelang in den 1980er Jahren mehreren rechtsextremen Parteien der Einzug in das Europaparlament, sodass 1984 erstmals eine eigene Fraktion gebildet werden konnte. Die Etablierung der Fraktion der *Europäischen Rechten* provozierte in der Öffentlichkeit wieder Aufregung: Das Europäische Parlament reagierte mit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Wiederaufleben des Faschismus und Rassismus in Europa“ und verabschiedete nach Vorlage des Berichts im Juli 1986 schließlich in Zusammenschluss mit Rat, Kommission und Mitgliedsländern eine „Gemeinsame Erklärung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“.¹⁸ Ebenso bildeten die Europawahlen 1984 den Anlass für verschiedene sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte zur Situation des Rechtsextremismus in Europa, deren Ergebnisse – ebenso wie der Untersuchungsbericht des Europäischen Parlaments – ein erstaunliches Maß an Unkenntnis über die frühere Zusammenarbeit rechtsextremer Parteien aufwiesen.¹⁹ Journalisten wie Autoren politikwissenschaftlicher Studien warnten dabei vor den Gefahren, die durch die Zusammenarbeit rechtsextremer Parteien drohten. Dabei zeigten die massiven Schwierigkeiten bei der Fraktionsbildung deutlich, wie gering die programmatischen Übereinstimmungen innerhalb der *Europäischen Rechten* waren. Anders als in den 1950er Jahren wurden die verschiedenen Parteien nicht durch eine gemeinsame europäische Zielvorstellung geeint, sondern insbesondere durch ihre Ablehnung des Integrationsprozesses. Die immer wieder gebrauchte Formel des „Europas der Vaterländer“, die man von rechtsextremer Seite der existierenden EG entgegensetzte, blieb äußerst vage und unterstrich eher die Betonung nationaler Eigenständigkeiten, als dass hinter ihr eine eigene Vorstellung der europäischen Eini-gung stand. Dies hatte viel damit zu tun, dass sich im Europäischen Parlament vor allem relativ junge rechtsextreme Parteien trafen, die gerade als Reaktion auf den zunehmenden Souveränitätsverlust des Nationalstaates durch Globalisierung und europäische Integration entstanden waren. Deren Haltung zu Europa war dementsprechend skeptisch und wurde insbesondere in den Debatten um den Maastrichter Vertrag zementiert, in denen diese Parteien – mit einer klar europaskeptischen Haltung – zum Teil große öffentliche Aufmerksamkeit erreichen konnten. Doch obwohl dadurch die Grundlage für Wahlerfolge, auch bei Europawahlen gelegt war, fehlte damit gleichzeitig die programmatische Grundlage für eine Kooperation auf europäischer Ebene. Das Maß der Zusammenarbeit innerhalb der Parlamentsfraktionen blieb dementsprechend gering und außerhalb des EPs kam die transnatio-

18 Europäisches Parlament: Untersuchungsausschuß „Wiederaufleben des Faschismus und Rassismus in Europa“. Bericht über die Ergebnisse der Arbeiten, 1986. Dort ist auch die Gemeinsame Erklärung abgedruckt.

19 Siehe etwa Benno Hafenegger: Die ‚extreme Rechte‘ und Europa. Herausforderung für eine multikulturelle Gesellschaft, Frankfurt am Main 1990; Martina Kirfel/Walter Oswalt (Hg.): Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsextremismus in Westeuropa, Wien/Zürich 1989.

nale Kooperation rechtsextremer Parteien in den 1990er Jahren entsprechend auch nicht mehr über gegenseitige Besuche bei Parteiveranstaltungen hinaus.²⁰

Fazit

Überblickt man die Entwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, zeigt sich bei der extremen Rechten – im Gegensatz zu den anderen Parteifamilien – keine Zu-, sondern eine deutliche Abnahme der europäischen Zusammenarbeit: Hatten in den 1950er Jahren rechtsextreme Theoretiker sich um eigene Konzeptionen einer europäischen Einigung bemüht und transnationale Organisationen versucht, politischen Einfluss auf den konkreten Integrationsprozess zu entfalten, um diesen in ihrem Sinne zu prägen, so nahm sowohl in programmatischer wie organisatorischer Hinsicht die europäische Orientierung seit den 1960er Jahren stetig ab. In der Neuen Rechten war die vormalige Ausrichtung auf eine politische Einigung Europas einer vor allem am kulturellen Erbe Europas interessierten Programmatik gewichen, die in der Euro-Rechten der 1980er und 1990er Jahre von einer prinzipiellen Ablehnung des europäischen Integrationsprozesses abgelöst wurde. Die in dieser Zeit neuerlich entstehenden transnationalen Kooperationsbemühungen waren dementsprechend auch nicht von einer gemeinsamen Vorstellung einer Europäischen Einigung getragen, weshalb die Zusammenarbeit wenig intensiv war und nur von kurzer Dauer blieb.²¹ Doch gerade wegen ihrer Differenz zur Entwicklung der demokratischen Parteifamilien bietet sich die rechtsextreme Parteienkooperation der systematisch-orientierten Parteienforschung als Vergleichsfolie an, die durch den Kontrast mit der ‚normalen‘ Entwicklung Aufschlüsse bereithält: In dieser Perspektive unterstreicht die vergleichsweise besondere

- 20 Auch nach der Jahrtausendwende ist es zu keiner grundlegenden Veränderung in der Beziehung zwischen Europa und dem Rechtsextremismus gekommen. Weiterhin stehen rechtsextreme Organisationen in ganz Europa der Europäischen Integration ablehnend gegenüber. Anstatt das rechtsextreme Organisationen die europäischen Institutionen mit eigenen Konzepten einer europäischen Einigung herauszufordern versuchen, ist es vielmehr der Integrationsprozess, der rechtsextreme Parteien immer wieder herausfordert, sich mit Europa zu befassen. So hat die Einrichtung der europäischen Parteienfinanzierung auch die Begehrlichkeiten rechtsextremer Parteien geweckt, was zur Entstehung neuer transnationaler Organisationen geführt hat. Siehe Jürgen Mittag/Janosch Steuwer: Politische Parteien in der EU, Wien 2010, S. 155–157.
- 21 Ich betone damit – im Gegensatz zu Dieter Gosewinkel in seinem Beitrag auf dem Historikertag 2010 – stärker die Diskontinuität in der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Rechtsextremismus und Europa. Gosewinkels Konzeptualisierung einer stärker kontinuierlichen Entwicklung gründet sich meiner Meinung nach vor allem auf den in den Mittelpunkt gerückten französischen Rechtsextremen Maurice Bardèche, dessen Entwicklung damit recht treffend beschrieben ist, der innerhalb des europäischen Rechtsextremismus jedoch eine Ausnahme darstellt. Bardèche, der im Vergleich zu den meisten Aktivisten des europäischen Rechtsextremismus der 1950er Jahre deutlich jünger war, hat sich tatsächlich von den europäischen Organisationen der 1950er Jahre bis ins direkt gewählte Europäische Parlament der 1980er Jahre als Rechtsextremist für Europa engagiert. Diese (personelle) Kontinuität ist aber innerhalb des europäischen Rechtsextremismus einmalig. (Dieter Gosewinkel: Antiliberales Europa oder Anti-Europa? Europakonzeptionen in der französischen Rechten 1940–1990, Vortrag in der Sektion *Antiliberales Europa* am 1. Oktober 2010 beim Historikertag 2010 in Berlin).

Entwicklung etwa nachdrücklich die Relevanz des Faktors „Programmatik“ für die transnationale Kooperation von Parteien.

Gleichzeitig bietet diese Geschichte für die Historiografie der europäischen Integration aber ein vielleicht noch größeres Potenzial, denn sie kann dazu beitragen, das auch in historischen Studien reproduzierte „Masternarrativ“ der europäischen Integration, das Europa mit Frieden, Freiheit und Demokratie assoziiert, stärker zu historisieren, wie dies Dieter Gosewinkel und Peter Schöttler mit ihrer Sektion am Historikertag 2010 angemahnt haben:²² Insbesondere zu Beginn des europäischen Integrationsprozesses besaßen auch antidemokratische, rassistische und gewaltbereite Gruppen eigene Vorstellungen von der europäischen Einigung und ihr Engagement für deren Realisierung erzeugte wiederholt öffentliche Aufmerksamkeit und berührte immer wieder den staatlichen Integrationsprozess. Auch diese Versuche einer anderen europäischen Einigung müssen als Teil der Geschichte der Europäischen Union begriffen werden.

22 Siehe den Sektionsbericht von Maria Neumann/Erik Swiatloch: Die ‚dunkle‘ Seite der Europäisierung: Antiliberaler Europakonzeptionen, <www.scienceblogs.de/historikertag/2010/10/die-dunkle-seite-der-europaisierung-antiliberaler-europakonzeptionen.php> (16.8.2010).